

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger



Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger, erscheint wöchentlich, 1. Monats-Bezugspreis 1.70 RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in uns, Geschäftsst., von den Woten, sowie von allen Postämtern angenommen.

Abgabepreise: Die 40 mm breite Wilmeterzeile 7 Pfg.; die 90 mm breite Wilmeterzeile im Zeitteil 25 Pfg.; Nachzahlung E. Riffers- und Nachweissgebühr 25 Pfg. zahlgl. Porto

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau und des Stadtrats zu Zschopau befähigter bestimmter Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Erzgebirgische Landesbank z. B. m. B. Zschopau, Gemeindegeldkonto: Zschopau Nr. 1; Postkonten: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krumbach, Waldkirch, Bärnichen, Holzendorf, Wilschütz, Weibach, Altendorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilschdorf, Scharfenstein, Schönbach, Borsdorf

Nr. 279

Dienstag, den 30. November 1937

105. Jahrgang

Nur noch Reichs- und Gemeindesteuern Rationale Einheit für alle Zukunft verbürgt

Der Staatssekretär im Reichsinnenministerium und Reichsgruppenleiter des NSDAP, H.-Oberführer Sturzfart, hielt in Breslau auf einer vom Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund, Gau Schlesien, veranstalteten Rundschau im Dritten Reich und führte unter anderem aus: Für den weiteren Ausbau des Reiches ist es erforderlich, daß die Rechtsregelungen in den Ländern immer mehr durch ein einheitliches Reichsrecht auf allen Lebensgebieten ersetzt werden. In diesem Zusammenhang ist die Schaffung der finanzwirtschaftlichen und finanzrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Neubaus außerordentlich wichtig. Zur Verwirklichung der Voraussetzungen gehört die Verteilung der Aufgaben, die den verschiedenen Verwaltungsbezirken obliegen, und die Verteilung der finanziellen Einnahmequellen, also eine Verteilung der Aufgaben zwischen dem Staat einerseits und den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits. Zu diesem Zweck ist die Herbeiführung der Gleichheit im Etat- und Rechnungswesen aller Länder erforderlich. Das Gesetz über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder stellt schließlich die Haushaltsführung der Länder unter die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände führte die Gemeindeordnung ein einheitliches Haushalt- und Rechnungswesen ein; damit ist die völlige Einheit für das Gesamtgebiet der öffentlichen Finanzwirtschaft im ganzen Reich gegeben.

Die Vereinheitlichung des Steuerrechtes ist eine wichtige Vorbedingung zur Durchführung dieser Aufgabe. Das Gesetz bestimmt, daß der Finanzausgleich bis spätestens 1. April 1938 zu erfolgen hat. Das Ziel ist für die Zukunft klar: es wird nur noch Reichs- und Gemeindesteuern geben! Bei der Neugliederung des Reiches soll nach einer Jahrtausende langen Zersplitterung der deutsche Staat geschaffen werden, dessen Gliederung nach abermals einem Jahrtausend noch als sinnvoll anerkannt werden muß und der die nationale Einheit des deutschen Volkes für alle Zukunft gewährleistet. Die deutsche Gemeindeordnung stellt die kommunale Selbstverwaltung aller deutschen Gemeinden auf eine einheitliche Grundlage. Auf dem von ihr bereiteten Boden soll sich der Neubau des Reiches von unten herauf vollenden. Bei den ländlichen Gemeinden ist die Arbeitslast von Jahr zu Jahr gewachsen; es müssen Maßnahmen zur Erleichterung der Verwaltungslast getroffen werden. Die ehrenamtliche Leitung der ländlichen Gemeinden soll nach Möglichkeit erhalten bleiben, weil durch die Vernichtung des Amtesleiters aus dem Kreis der Volksgenossen ein besonders vertrauensmäßiger Zusammenhang mit der Einwohnerschaft besteht. Man wird jedoch dem Gemeindeführer ausreichende Hilfskräfte zur Seite stellen müssen; dabei sind Gesetz und Ziel der Staatsführung die unüberwindlichen Schranken, innerhalb deren sich jede gemeindliche Betätigung zu halten hat.

Londoner Besprechungen im Gange Erörterung der internationalen Lage

Der französische Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Delbos hatten im englischen Auswärtigen Amt die ersten Besprechungen mit den englischen Ministern. Vor der Ankunft der französischen Staatsmänner in London hatte der englische Premierminister Chamberlain mit Außenminister Eden den Verhandlungsplan durchgesprochen. Über das Ergebnis der Besprechungen wird eine abschließende Verlautbarung herausgegeben werden. In der englischen Presse wird kein Zweifel daran gelassen, daß nach ihrer Ansicht die Besprechungen von grundsätzlicher Bedeutung seien. Allerdings warnen die amtlichen Stellen und unterrichtete Persönlichkeiten in London vor einer Ueberschätzung der praktischen Rückwirkungen. Auf die Mutmaßungen der englischen Blätter über die Verhandlungsschemen braucht nicht eingegangen zu werden. Die englischen Blätter sind sich allerdings einig darüber, daß das gesamte Gebiet der internationalen Politik besprochen wird, vor allem auch der japanisch-chinesische Konflikt. Im Vordergrund der Londoner Erörterungen steht nach Ansicht der englischen Zeitungen das Programm, wie weit es möglich ist, eine Annäherung zwischen der Weimarer- und der Berliner Demokratie zu bringen. Für die englische Presse ist es schließlich eine feststehende Tatsache, daß bei den Besprechungen auch die Kolonialfrage eine große Rolle spielen dürfte. Natürlich ist das Interesse der französischen Öffentlichkeit jetzt auch auf London gerichtet. Dabei betont das dem französischen Auswärtigen Amt nahestehende Pariser Blatt „Petit Parisien“, nur die Zukunft könne zeigen, ob die Bedeutung der Londoner Besprechungen wirklich so groß sei, wie man es im Augenblick glaube. Ebenso erklärt die Pariser Zeitung „L'Œuvre“, daß die Aussprache in London zunächst nur einer einseitigen Prüfung der internationalen Lage dienen solle. Wenn wirklich eine Aussprache mit greifbaren Zielen eröffnet werde, so könne das erst später und auf dem üblichen diplomatischen Wege erfolgen.

Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Delbos führten auch am Nachmittage mehrstündige Besprechungen mit den englischen Staatsmännern. Chamberlain und Delbos folgten am Abend einer Einladung des englischen Außenministers. Über den Verlauf der Montag-Besprechungen wurden folgende Mitteilungen gemacht: Zunächst berichtete Lord Halifax in vollem Umfang über den Verlauf seiner Besprechungen in Deutschland. Die französischen Minister erklärten hierauf, daß sie den Zweck des Besuchs voll verstanden und daß sie glaubten, daß er seinen Zweck erfüllt habe. Hierauf sei die Kolonialfrage in all ihren Ausprägungen erörtert worden; es habe Übereinstimmung darüber geherichtet, daß sie eine weitere Prüfung erfordert.

Hierauf wurde die Rundreise Delbos' nach Polen, Rumänien, Jugoslawien und in die Tschechoslowakei besprochen. Die Lage in diesen Ländern sei besprochen worden, weil beide Regierungen sich um die Erhaltung des Friedens hier ebenso wie anderswo besorgt fühlten. Bezüglich der fernöstlichen Frage, die von den Ministern ebenfalls geprüft wurde, habe auf beiden Seiten volle Übereinstimmung über den Ernst der Lage geherrscht und für die Notwendigkeit, die beiderseitigen Interessen zu sichern. Bezüglich Spaniens wurde festgestellt, daß die Politik der Nichtmischung sich als durchaus richtig erwiesen habe. Bei Abschluß der Sigmuna seien alle Beteiligten sehr zufrieden gewesen; die Besprechungen würden mit als die erfolgreichsten angesehen, die abgehalten worden seien. Auf beiden Seiten sei, so wird erklärt, „der klare Wunsch in Erscheinung getreten, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, obwohl erkannt worden sei, daß noch sehr viel mehr Vorbereitungen erforderlich seien, bevor irgendwelche tatsächlichen Verhandlungen ins Auge gefaßt werden könnten“.

Rubendorff schwer erkrankt Sein Zustand wird als ernst bezeichnet

General Rubendorff, der seit längerer Zeit von einem schweren Blasenleiden heimgesucht wird, ist am 4. November von Prof. Kellertner, München, operiert worden. Nachdem der General bereits einige Tage das Bett verlassen konnte, trat in den letzten Tagen in rascher Weise eine Verschlechterung ein, so daß der Zustand von den behandelnden Ärzten zur Zeit als ernst bezeichnet wird.

Das ganze deutsche Volk vernimmt mit tiefstem Bedauern die Nachricht von der Erkrankung des Generals und wünscht dem großen Feldherrn des Weltkrieges baldige Genesung.

Ueber das Befinden des Generals wird die Öffentlichkeit laufend unterrichtet werden. Mit Rücksicht auf den Kranken wird dringend darum gebeten, von unmittelbaren Anträgen abzusehen.

Britische Militärmision nach Portugal

Im Februar nächsten Jahres Der englische Unterstaatssekretär Cranborne gab im Unterhaus amtlich bekannt, daß eine britische Militärmision Portugal im Februar 1938 einen Besuch abstatten werde, um eine persönliche Fühlungnahme mit den zuständigen Behörden herzustellen und Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu überprüfen. Eine amtliche Mitteilung über die Angelegenheit werde gleichzeitig am Dienstag in London und Lissabon veröffentlicht werden.

Bemerkungen zum Tage Rehrt Romno zum alten Kurs zurück?

Die Beziehungen zwischen dem Memelgebiet und Litauen haben, wie wir bereits gestern berichteten, eine erneute Zuspitzung erfahren. Seit der Schaffung des Memelstatuts am 14. März 1924 für das Memelgebiet besteht eine starke Spannung zwischen dem Memelland und Litauen. Das Memelgebiet ist 2708 qkm groß, verfügt über 147.000 Einwohner, von denen 43 Prozent Deutsche, 28 Prozent Memelländer und nur 29 Prozent Litauer sind. Die restlichen Bewohner verteilen sich auf verschiedene andere Staaten. Neun Zehntel des Memelgebietes sind Protestanten. Die Bevölkerung ernährt sich zur Hauptsache aus der Landwirtschaft, die sieben Zehntel des gesamten Beschäftigungsgrades ausmacht. Nach dem Statut ist das Memelgebiet ein „Mischstaat“ Litauens. Der Gouverneur des Gebietes wird vom litauischen Staatspräsidenten ernannt, der auch das Ausführendenrat des Landtages hat, dem augenblicklich 25 Memeldeutsche und 4 Litauer angehören. Das gesamte Direktorium des Memelgebietes ist heute rein memelländisch. An und für sich kam in die gespannten Verhältnisse durch das Abkommen im August v. J. eine Entspannung, doch wurde im September d. J. das Enteignungsgesetz eingebracht, das eine glatte Umgehung des Memeldirektoriums durch die litauische Regierung darstellt. In dem Enteignungsgesetz wird die Enteignung eines großen Teiles des Stadtgebietes und um Memel bestimmt. Diese Enteignung erstreckt sich auf den Großgrundbesitz, einen Teil des Stadtgebietes, den Speicheranlagen u. a. Angehört werden diese Enteignungen ohne nähere Angaben für Zwecke des Deeres, der Verkehr, Hafens und der Bäder benötigt. Diese Maßnahme der litauischen Regierung hat eine große Empörung hervorgerufen, die auch deutlich in der Sitzung des memelländischen Landtages zum Ausdruck kam. Nach Artikel 5, Absatz 9 des Statuts ist die bürgerliche Gesetzgebung einschließlich des Eigentumsrechtes der autonomen Regierung unterstellt. Den gleichen Sinn haben die ergänzenden Bestimmungen des Artikels 22. Nach Erhebung eines Einspruchs verhandelte die litauische Regierungskommission in Romno und nahm gleichzeitig Verhandlungen auf mit den Besitzern des zu enteignenden Gebietes. Die Memelländer haben wegen der Verhandlungen unter dem Druck eines unglücklichen Gesetzes härtesten Protest eingelegt. Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß die litauische Regierung wohl die Verdrängung von Kaufobjekten haben kann. Ein unerlässlicher Weg dazu ist aber der Weg über das Direktorium. Seine Ausschaltung, wie das im vorliegenden Fall geschehen ist, ist aber unstatthaft. Diese Art der Behandlung der Probleme steht im Widerspruch zum Buchstaben des Gesetzes wie im Sinn der politischen Abmachungen zwischen Memel und Romno. Die Zuständigkeit der autonomen Regierung, also des Direktoriums, ist ferner erwiesen durch den nichterfolgten Einspruch des Gouverneurs beim Erlass der „Verordnung über Vereinfachung des Enteignungsverfahrens“ im Jahre 1925 durch das Direktorium. Außerdem ist dies zugleich der Standpunkt des amtlichen litauischen Kommentators, Robinson, des Memelstatuts. Die letzten Vorgänge beweisen schlagartig die Richtigkeit in der Methode Romnos. Man will vermutlich den Widerstand gegen die autonome Regierung vom Politischen auf Wirtschaftliche verlegen, um so effektiver, zugleich aber auch gefährlicher wirken zu können.

Zum Rücktritt Dr. Schachts

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde im August 1934 zum kommissarischen Reichswirtschaftsminister ernannt. Im Oktober v. J. wurde der Vierjahresplan verkündet, der eine gewaltige Anstrengung der Kräfte der Wirtschaft mit sich brachte und außerdem einen zusätzlichen Auftrag an die Wirtschaftsorganisation bedeutete. Es war notwendig, daß alle wichtigen Gebiete des Wirtschaftslebens in seinem Rahmen erfasst wurden. Entsprechend dem Wort aus dem Brief des Führers an Dr. Schacht war hierfür zunächst ein neuer „Apparat“ ein unbedingtes Erfordernis. In der Durchführung dieser Grundtendenzen waren im verflochtenen Jahre zu der wachsenden nationalen Selbstständigkeit größte Erfolge zu verzeichnen, die die deutsche Wirtschaft vom Ausland unabhängig machten. Der neue Apparat hat sich aber inzwischen gut eingepiegt. Die zwangsläufige Entwicklung zu einer dauerhaften organisatorischen Eingliederung in das bestehende Wirtschaftssystem war eine natürliche Beendigung des provisorischen Zustandes, der mit dem 15. Januar 1938 endgültig als befeitigt angesprochen werden muß. Das Arbeitsgebiet des Vierjahresplanes ist mit der Zeit so umfangreich geworden, daß es bei der engen Verflechtung mit dem Arbeitsgebiet des Wirtschaftsministeriums eine praktische Unmöglichkeit wurde, gleichzeitig das Wirtschaftsministerium und den hochverantwortlichen Posten des Reichsbankpräsidenten zu bekleiden.